

Einbürgerungsvorlagen

Allgemeines

In der Schweiz wohnen 1,5 Millionen Ausländer, 700'000 davon bereits seit mehr als 10 Jahren. Das Einbürgerungsverfahren in der Schweiz ist kompliziert, langwierig und meist teuer. Jeder Kanton und jede Gemeinde hat eigene Bestimmungen. Die beiden folgenden Vorlagen, sollen die Einbürgerung für Jugendliche und Kinder vereinfachen.

Bitte beachten Sie, dass wir bei diesen Vorlagen nur die wichtigsten Änderungen angeben nicht jedoch Vor- und Nachteile, da sich solche nicht neutral bestimmen lassen.

Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche der 2. Generation

Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren, welche mindestens 5 Jahre lang in der Schweiz die Grundschule besucht haben, sollen von einem vereinfachten Einbürgerungsverfahren profitieren. In einigen Kantonen gilt diese Regelung bereits heute. Die Jugendlichen müssen integriert sein und eine Landessprache sprechen.

Bürgerrechtserwerb von Ausländern der 3. Generation

Kinder, die in der Schweiz geboren wurden und deren Eltern in der Schweiz mindestens 5 Jahre lang die obligatorische Grundschule besucht haben, sollen automatisch bei Geburt das Schweizer Bürgerrecht erhalten.



Vernunft Schweiz

**Neutrale
Abstimmungsinformationen**

26.09.2004

www.vernunft-schweiz.ch

Änderung Erwerbsersatz (Mutterschaftsversicherung)

Ziele dieser Vorlage

Vereinheitlichung und Sicherung der Lohnfortzahlung für Mütter nach einer Geburt für 14 Wochen.

Wichtigste Änderung

Aus der Erwerbsersatzordnung erhalten Mütter neu während 14 Wochen nach der Geburt ein Taggeld in der Höhe von 80% des letzten Lohnes. Es entstehen Kosten in der Höhe von 483 Mio. Franken pro Jahr. Zusätzlich werden die Taggelder der Dienstleistenden angepasst.

Argumente dafür

- Die einheitliche Regelung macht das System transparenter und es drohen bei einem Umzug aus dem Kanton keine allfälligen Kürzungen der Zahlungen mehr.
- Durch die Regelung werden die Mütter tendenziell länger entlastet. Der Schutz wird also besser.
- Mit der Finanzierung über die Erwerbsersatzordnung muss keine neue Verwaltung aufgebaut werden.
- Die Arbeitgeber werden entlastet.

Argumente dagegen

- Die Vorlage bringt insgesamt inkl. der Anpassungen der Taggelder für Dienstleistende Mehrkosten für die Erwerbsersatzordnung von 575 Millionen Franken pro Jahr.
- Die Lohnabgabe an die Erwerbsersatzordnung muss um 66% auf 0.5% des Lohnes erhöht werden.
- Mütter, welche zu Hause bei ihrem Kind bleiben, gehen leer aus. Es droht eine Ungleichbehandlung der Mütter.

Volksinitiative "Post Diente für alle"

Ziel der Vorlage

Flächendeckende Grundversorgung mit Postdiensten und Mitentscheidungsrecht aller Betroffenen.

Wichtigste Massnahmen

Garantie eines flächendeckenden Poststellennetzes auf Verfassungsstufe. Mitentscheidungsrechte der Gemeinden bei der Gestaltung des Poststellennetzes und der Bund übernimmt alle Defizite im Bereich der Grundversorgung der Post.

Argumente dafür

- Sicherung von Arbeitsplätzen in Randregionen.
- Uneingeschränktes Angebot von Postdiensten in allen Landesteilen.
- Mitbestimmungsrechte sichern den Einfluss der Betroffenen besser als die bisherige Regelung.
- Defizitgarantie zugunsten der Post als Rückversicherung gegen künftige Liberalisierungsschritte und als Garant für die Grundversorgung.

Argumente dagegen

- Ein flächendeckendes Poststellennetz (Erreichbarkeit in 20 min) ist bereits heute gewährleistet.
- Die Mitwirkung der Betroffenen ist bereits heute vorgeschrieben. Ein Vetorecht der Betroffenen würde die Handlungsfreiheit der Post stark einschränken.
- Wegen der Erhaltung ineffizienter Strukturen und der Defizitgarantie ist mit einer Kostenexplosion zu rechnen.
- Die Regelungen machen die Post weniger konkurrenzfähig auf dem internat. Markt.